

**Antrag 72/I/2019**

Josus LDK

**Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Erledigt durch Beschlusslage (63/I/2018) (Konsens)****Sozialbindung Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) festschreiben**

1 Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder des Bun-  
2 destags sowie die sozialdemokratischen Mitglieder der  
3 Bundesregierung auf:

4

5 • Änderungen der gesetzlichen Grundlage der BImA  
6 (BImAG) dahingehend herbeizuführen, dass die BImA  
7 das Ziel verfolgt, eine einheitliche Verwaltung  
8 des Liegenschaftsvermögens des Bundes nach sozial-  
9 vertraglichen Grundsätzen vorzunehmen

10

11 • Die gesetzliche Verpflichtung zum kaufmännischen  
12 Handeln (insbesondere in § 1 Abs. 1 BImAG) vollständig  
13 abzuschaffen

14

15 • Dementsprechende Ausnahmeregelungen in der  
16 Bundeshaushaltsordnung (BHO) vorzunehmen

17

18

19 Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) ist die  
20 zentrale Verwaltungsstelle für die Verwaltung der bun-  
21 deseigenen Immobilien. Hierbei stellt sie mit 36.000 Woh-  
22 nungen nach eigenen Angaben eine der größten Immo-  
23 bilieneigentümer\*innen Deutschlands dar. Entsprechend  
24 müsste sie als bundeseigenes Unternehmen den Grund-  
25 sätzen sozial verträglichen, staatlichen Handelns gerecht  
26 werden und gerade in Zeiten angespannter Wohnraum-  
27 verhältnisse ein Verantwortungsvolles und sozial verträg-  
28 liches Handeln an den Tag legen. Dies ist zurzeit nicht der  
29 Fall.

30

31 Die BImA ist zurzeit gesetzlich zu einem kaufmännischen  
32 Handeln verpflichtet. Sie erfüllt diesen Anspruch durch  
33 eine rein gewinnorientierte Vermietungspraxis. Hierbei  
34 werden Mieten an der Grenze zum Wucher bei gleichzei-  
35 tiger Minimierung der Instandhaltungskosten verlangt.  
36 Folge sind horrenden Mieten für verfallende Wohnungen,  
37 die an der aktuellen Vermögensentwicklung und Realbe-  
38 darf vorbeigehen. Bekannt gewordenes Beispiel hierfür ist  
39 z. B. die Entwicklung der Miete in der Sundgauer Stra-  
40 ße, Berlin-Zehlendorf. Hier wurden teilweise Mieterhö-  
41 hungen von über 100 Euro veranschlagt. Zugleich wur-  
42 den Erhöhungen von weiteren 15% in 3 Jahren vor ange-  
43 kündigt. In anderen Teilen Deutschlands klagen Mieter\*in-  
44 nen über Verstöße gegen Brandschutzvorschriften sowie  
45 erheblichen Schimmelbefall, funktionsunfähige Sanitär-  
46 anlagen usw. Insgesamt sind die Immobilien teilweisen  
47 in einen dem Sparkurs entsprechenden erbärmlichen Zu-  
48 stand.

49

50 Durch diese ausschließlich auf Gewinnmaximierung aus-  
51 gelegte Praxis verschärft gerade die BlmA als Verwal-  
52 tungsorgan des Staates die aktuelle Wohnungsnot in vie-  
53 len Regionen und stellt sich als denkbar schlechte Vermie-  
54 terin dar.

55

56 Diese Situation ist nicht weiter tragbar. Staat und Poli-  
57 tik haben zu jedem Zeitpunkt eine Fürsorgepflicht für die  
58 Bevölkerung als auch eine Vorbildfunktion für die Wirt-  
59 schaft. Wenn selbst der Staat Grundprinzipien einer so-  
60 zialen Marktwirtschaft missachtet, bestehen auch für die  
61 freie Wirtschaft, keine Anreize eine solche zu beachten.  
62 Gerade in Notzeiten sind die bundeseigenen Mittel ledig-  
63 lich kostendeckend für die Gesellschaft zu verwenden und  
64 nicht zur maximalen Aufstockung des Bundeshaushaltes  
65 zu gebrauchen.

66

67 Wir fordern daher zu jeder Zeit einen sozialen Umgang  
68 mit den bundeseigenen Immobilien. Die Vereinbarun-  
69 gen im Koalitionsvertrag wonach Kommunen und Län-  
70 der in beschleunigten Verfahren, zu vergünstigten Prei-  
71 sen, Grundstücke für den sozialen Wohnungsbau veräu-  
72 ßert werden sollen, sind ein Schritt in die richtige Rich-  
73 tung. Zugleich fehlen jedoch Aussagen über die BlmA als  
74 Vermieterin. Auch in diesen Bereich ist zwingend eine  
75 Abkehr von der Gewinnmaximierung erforderlich. Viel-  
76 mehr muss die BlmA zu jedem Zeitpunkt sozial verantwor-  
77 tungsvoll und unter Berücksichtigung des aktuellen Be-  
78 darfs und ihrer zur Verfügung stehenden Mitteln handeln.

79